

## **Bundeskanzleramt und Bundesregierung**

### **1. Historie**

#### **1.1. Begriff des Kanzlers**

„Kanzler [lat.], hoher Beamter, der v. a. für die Ausfertigung von Staatsurkunden zuständig war. Die Bez. ist seit dem 4. Jh. belegt. Zur organisator. Einrichtung des Amtes kam es 953 durch Kaiser Otto I.: Bis 1559 oblag dem K. die Leitung der Reichskanzlei. Bis 1806 war Erzkanzler eines der Erzämter. Auch die landesherrl. Kanzleien wurden von einem K. geführt. In Frankreich war der Leiter der königl. Kanzlei der Chancelier, in England bzw. Großbritannien entwickelten sich aus dem Amt des K. die Ämter des Lord High Chancellor und des Chancellor of the Exchequer. In Preußen war 1747-1810 Groß-K. der Titel des Leiters der Justizverw., Staats-K. der Titel Hardenbergs seit 1810. In Österreich führten Kaunitz, Stadion und Metternich den Titel eines Hof- und Staats-K. Im Dt. Reich Reichskanzler, in Dtl., Österreich und der Schweiz Bundeskanzler“ (Meyers großes Taschenlexikon: 171)

#### **1.2. Norddeutscher Bund**

Erstmalig ein Bundeskanzler im Norddeutschen Bund (Deutschland bis zur Mainlinie) von 1866/67. Bundespräsidium für die Krone Preußens; Bundesrat als Vertretung der Staaten im Bund als eigentliches Regierungsorgan, Bundestag (frei und allgemein gewählt) beteiligt an der Gesetzgebung; Bundeskanzler Vorsitzender im Bundesrat und Leitung dessen Geschäfte, vom König von Preußen zu ernennen. Verfügungen des Bundespräsidiums (König von Preußen) bedürfen zur Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, „welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt“ (Art. 17), dadurch Bundeskanzler eigenes oberstes Organ des Norddeutschen Bundes, jedoch nicht Verantwortlich gegenüber dem Parlament. Erster Bundeskanzler: O. v. Bismarck (auch Ministerpräsident und Außenminister v. Preußen). Bundeskanzler einziger Minister des Bundes.

1867 Errichtung des „Bundeskanzler-Amtes“ (erste und zunächst einzige Behörde des Bundes), bis dahin wurden alle Geschäfte des Bundes von den preußischen Ministerien miterledigt. Mit Ausnahme der Angelegenheiten des Auswärtigen und der Marine (die bei den preußischen Ministerien bleiben) werden die Geschäfte jetzt von einer bundeseigenen dem Bundeskanzler zugeordneten Behörde geführt (jedoch nur als Verwaltungsbüro des BK), damit Beginn einer bundesstaatlichen Regierung (weiterhin nur aus Bundeskanzler bestehend) mit eigenem Verwaltungsapparat. 1870 Schaffung des Auswärtigen Amtes; Marine 1889 in ein Reichsmarineamt.

#### **1.3. Deutsches Reich**

1871 Gründung des Deutschen Reiches (inkl. Württemberg, Baden und Bayern (Partikularrechte: Militär, Post, Eisenbahn)), Verfassung des Norddeutschen Bundes weitgehend übernommen; der König v. Preußen wird auch Deutscher Kaiser, Bundeskanzler heißt jetzt Reichskanzler, Bundeskanzler-Amt heißt jetzt Reichskanzler-Amt. Das Reichskanzler-Amt wird immer mehr zu einem „Generalministerium“, daher erst Aufgliederung mit Abteilungen, dann Ausgliederungen in die eigenen Behörden Reichseisenbahn-, -post-, -justiz-, -schatzamt u. Reichsbank. Jedoch keine eigenen Ministerien oder Ressorts, sondern dem Reichskanzler als nach wie vor einzigem Reichsminister untergeordnet; Leiter

i. d. R. Staatssekretäre. 1878 Schaffung des Amtes des Reichsvizekanzlers und Übertragung bestimmter Aufgaben an die Leiter der Reichsbehörden, Reichskanzler kann aber jederzeit die Amtshandlungen selbst vornehmen, also „hineinbestimmen“. Durch all dies wird das Reichskanzleramt weg von einem persönlichen Büro des Reichskanzler immer mehr zu einem Ministerium für alle inneren Angelegenheiten, die nicht an anderer Stelle untergebracht sind.

1879 folglich Umwandlung des Reichskanzler-Amtes in Reichsamt des Innern mit dem Staatssekretär des Innern an der Spitze, für den Reichskanzler ein persönliches Büro, die Reichskanzlei. Damit vorerst Ende des Begriffes Kanzleramt.

#### **1.4. Weimarer Republik**

Mit der Weimarer Verfassung 1919 Einführung der Republik, starke Stellung des Reichspräsidenten, Stärkung des Reichstages, Regierung mit Reichsministern mit Ressortverantwortlichkeit (erstmal!). Nach Art. 53: Reichskanzler und Reichsregierung vom Reichspräsidenten ernannt. Art. 54: Jedem Mitglied der Regierung kann einzeln (schwierige Regierungsbildung) destruktiv das Mißtrauen ausgesprochen werden (doppelte Abhängigkeit des Reichskanzlers, Führungslosigkeit, schwache Regierungen); jede vom Reichspräsidenten ernannte Regierung bleibt im Amt, solange der Reichstag nicht das Vertrauen entzieht (Möglichkeit „gegen“ den Reichstag zu arbeiten; zusätzlich: Notverordnungen für den Präsidenten nach Art. 48). 1919-1933: 21 Regierungen. Aufgaben der Reichskanzlei: Koordination und Geschäftsführung der gesamten Reichsregierung, insbes. Vorbereitung der Kabinettsitzungen. Seit 1924: Chef der Reichskanzlei ist Staatssekretär mit Sitz (ohne Stimme) in den Kabinettsitzungen und Ministerbesprechungen.

#### **1.5. Drittes Reich**

Wegen blockierter Regierungsbildung immer mehr „Präsidialkabinette“, nach Entlassung von Reichskanzler Brüning im Frühjahr 1932 keine Regierungen mehr. 30.1.1933: Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler. Nach dem Reichstagsbrand 27./28.2.1933: „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“: Grundrechte können „vorrübergehend“ ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden, wenn dies zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ nötig ist. Am 23.3.1933 Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“: Gesetze können „auch durch die Reichsregierung beschlossen werden“ und „von der Reichsverfassung abweichen“ (Ermächtigungsgesetz). Damit ist die Verfassung nicht abgeschafft, sie galt de jure bis 1945, aber de facto außer Kraft. In der Praxis gibt es kein wirkliches Kabinett, die Regierung ist der Reichskanzler Adolf Hitler. Damit ist die Reichskanzlei keine Koordinierungsstelle mehr sondern zentrales Hilfsorgan von Hitler, ab ca. 1937 bedient er sich aber immer mehr der Partei statt der Reichskanzlei als Hilfsorgan; RK hauptsächlich prächtiger Amtssitz.

#### **1.6. Bundesrepublik Deutschland**

1948/49 Verwaltungsrat des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ (GB/US-Bizone) in FFM mit Funktionen einer Regierung und sechs nachgeordneten Verwaltungen (Ressorts). Direktorialkanzlei als Verwaltungsorgan des Verwaltungsrates. In gewisser Art Vorläufer der Bundesregierung.

Nach den Vorarbeiten des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee erarbeit der von den Landtagen der westdeutschen Bundesländer gewählte Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz, das am 23.5.1949 verkündet wird und in Kraft tritt. Nicht als Verfassung benannt und nicht durch Volksabstimmung bestätigt, da es sich nur um ein Provisorium für die Zeit bis zur bald erwarteten Wiedervereinigung handeln soll. Vieles knüpft an die Weimarer Verfassung an, jedoch unter höchst vorsichtiger

Vermeidung derer offensichtlichen Schwächen. Am 7.9.1949 konstituierende Sitzung des ersten gewählten Bundestages, am 12.9.1949 wird Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt, am 15.9.1949 wird Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt, am 20.9.1949 tritt die neue Bundesregierung mit 13 Ministern zu ihrer konstituierende Sitzung zusammen.

## 2. Sitz des Bundeskanzlers

1875 Palais Radziwill in der Berliner Wilhelmstraße als Reichskanzlerpalais

1939 Neue Reichskanzlei von Albert Speer in der Voßstraße

1949 Palais Schaumburg Bonn (1964 Kanzlerbungalow)

1976 Neues Bundeskanzleramt Bonn (1978 Gästehaus am Petersberg)

Mit Einigungsvertrag vom 31.8.1990 wird Berlin Hauptstadt, mit Parlamentsentscheid vom 20.6.1991 Sitz von Parlament und Regierung (Wirkung zum 1.9.1999).

1999 Ehemaliges Staatsratsgebäude Berlin

2001 Bundeskanzleramt im Spreebogen

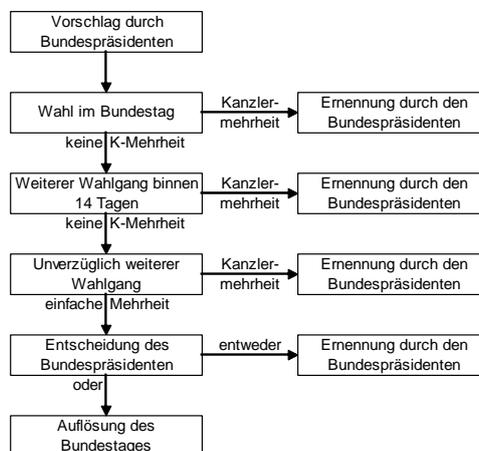
## 3. Verfassungsrechtliche Stellung von Bundeskanzler und Bundesregierung

Die Bundesregierung ist ein Verfassungsorgan aus dem Bereich der Exekutive, seine Aufgabe ist die Leitung des Staates.

### 3.1. Amt des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler wird nach Art. 63 GG auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder (Kanzlermehrheit) gewählt.

Wahl des Bundeskanzlers nach Art. 63:



Der Bundeskanzler kann nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum, bei dem gleichzeitig der Nachfolger gewählt wird, abgesetzt werden (Art. 67). Ein Recht zur Auflösung des Bundestages ergibt sich hieraus nicht, genauso wie es allgemein kein Selbstaufhebungsrecht des Bundestages gibt.

Stellt der Bundeskanzler die Vertrauensfrage, und erreicht diese nicht die Kanzlermehrheit, kann der Bundespräsident auf Antrag des Bundeskanzlers binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen, wenn nicht vorher der Bundestag einen anderen Bundeskanzler mit Kanzlermehrheit wählt (Art. 68). Zweck kann die Klarstellung der Unterstützung, die Stärkung der Regierung oder die Herbeiführung von Neuwahlen sein.

Die Amtszeit des Bundeskanzlers endet: mit Rücktritt oder Tod, mit dem Zusammentreten eines neuen Bundestages (Art. 69 Abs. 2), durch erfolgreiches konstruktives Mißtrauensvotum (Art 67 Abs. 1)

oder mit der Auflösung des Bundestages nach der gescheiterten Vertrauensfrage (Art. 68 Abs. 1, Art. 69 Abs. 2)

Wechsel im Amt des Bundeskanzlers in der Geschichte:

Rücktritt: 1963 Adenauer, 1966 Erhard, 1974 Brandt

Konstruktives Mißtrauensvotum: 1982 Schmidt

Wahlergebnis: 1969 Kiesinger, 1998 Kohl (erstmalig Regierungsübernahme nur durch die Opposition)

### **3.2. Bundesregierung**

„Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern.“ (Art. 62).

Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen (Art. 64). Weder eine Zustimmungserfordernis noch das Recht den Ministern das Vertrauen zu entziehen besteht für den Bundestag; es besteht jedoch natürlich die Notwendigkeit Koalitionspartner, deren Fraktionen den Bundeskanzler wählen sollen, zufriedenzustellen.

Der Bundeskanzler hat durch all diese o. g. Regelungen eine sehr starke Stellung im Machtgefüge der Bundesrepublik. Die Stabilität der Regierungen wird dadurch erhöht.

Die Amtszeit der Bundesminister endet mit der Amtszeit des Bundeskanzlers sowie durch Entlassung, Rücktritt oder Tod.

Sehr wichtig und nicht unbedenklich ist die Entwicklung, daß der Bundeskanzler bzw. die Minister im Rahmen des Europäischen Rates bzw. des Europäischen Ministerrates für Deutschland verbindliche gesetzgeberische Entscheidungen treffen und damit in die Funktion der Legislative für deutsche Gesetze eintreten.

### **3.3. Staatssekretäre**

Die Staatssekretäre sind nach Art. 62 nicht Mitglieder der Bundesregierung und haben also kein Stimmrecht in den Sitzungen der Bundesregierung, sind jedoch wichtige Bestandteile des Regierungsapparates. Es werden zwei Arten unterschieden:

Parlamentarische Staatssekretäre sind grundsätzlich Abgeordnete des Bundestages und dem Bundeskanzler oder einem Bundesminister – auch in der Amtszeit – zugeordnet. Sie unterstützen das Mitglied der Bundesregierung, dem sie zugeordnet sind, im Verhältnis zum Parlament. Der Bundespräsident kann einzelnen den Titel Staatsminister verleihen, i.d.R. den Staatssekretären beim Bundeskanzler und im Auswärtigen Amt. Staatsminister beim Bundeskanzler müssen nicht Abgeordnete sein.

Beamtete Staatssekretäre: Sie sind die Führungsspitze der Ministerien und vertreten den Minister nach innen. Sie kommen aus dem Beamtenapparat, meist werden jedoch auch sie parteipolitisch ausgewählt.

## **4. Organisation der Bundesregierung**

Relevant sind hier Art. 65:

„Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.“

und eben diese Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg).

## 4.1. Rechte des Bundeskanzlers

*Richtlinienkompetenz:* Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung, d. h. er gibt die Leitgedanken der Regierungspolitik vor. Richtlinien in diesem Sinne sind sowohl Prinzipien, die er z. B. in Regierungserklärungen vorgibt, als auch konkrete Vorgaben für Entscheidungen. Die Entscheidung, welche Fragen er schließlich „zur Chefsache erklärt“, wo er dem Minister eine Richtlinie für die Sachentscheidung vorgibt und welche Themen er gänzlich im Ressort beläßt, liegt innerhalb dieser Kompetenz. Die Richtlinienkompetenz wird auch bei Streit innerhalb der Bundesregierung wichtig, hier hat er auf eine einheitliche Haltung hinzuwirken. Die Richtlinien sind ausschließlich für die Bundesregierung bindend, nicht für andere Verfassungsorgane oder den Bürger. Richtlinienkompetenz hat bereits durch ihre bloße Existenz Wirkung auf die Minister.

*Leitungskompetenz:* Der Bundeskanzler leitet die Geschäfte der Bundesregierung nach der von ihr beschlossenen Geschäftsordnung; dies betrifft insbesondere die Zusammenarbeit in der Bundesregierung, z. B. in den Kabinettsitzungen, wobei er dabei vom Bundeskanzleramt unterstützt wird.

*Organisationsgewalt:* Das Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers für die Bundesminister beinhaltet auch das Recht, die Zahl und Aufgabenbereiche der Minister und Ministerien frei festzulegen, wobei er nicht durch das Parlament oder Gesetz gebunden ist. In Organisationserlassen gibt der Bundeskanzler Änderungen an den bestehenden Aufgabenbereichen der Ministerien vor. Der Sinn ist die schnelle und flexible Anpaßbarkeit an geänderte politische Rahmenbedingungen.

## 4.2. Organisationsprinzipien der Bundesregierung

Die „Trinität“ der Organisationsprinzipien:

*Kanzlerprinzip:* Die o. g. starke verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers und seine weitgehenden Kompetenzen in der Bundesregierung.

*Ressortprinzip:* Im „Spannungsverhältnis“ zur Richtlinienkompetenz hat jeder Minister die Kompetenz, Politik, die in sein Ressort fällt, frei und ohne direktes Weisungsrecht des Bundeskanzlers vom großen Konzept bis zu den Details auszugestalten. Wo konkrete Richtlinien des Kanzlers nicht vorliegen, ist es Aufgabe des Ministers, Strategien zu seinem Ressort zu erarbeiten und in die Regierung einzubringen. Konsequenterweise vertritt und verantwortet der Ressortminister die Politik seines Aufgabenbereiches im Namen der Bundesregierung nach außen. Entsprechend diesen Prinzipien sind im Prinzip alle konkreten Inhalte der Politik auf die Ressorts verteilt und der Bundeskanzler bleibt frei von Ressortaufgaben (mit vorübergehenden Ausnahme, z. B. Adenauer), jedoch zieht der Bundeskanzler oft wichtige Aufgabenbereiche in das Bundeskanzleramt (Nachrichtendienste, Kultur und Medien (ansonsten Länderaufgabe))

*Kollegialprinzip:* Die Richtlinien- und die Ressortkompetenz werden durch dieses Prinzip eingeschränkt. §15 GOBReg legt fest, daß „alle Angelegenheiten von allgemeiner innen- und außenpolitischer, wirtschaftlicher, sozialer, finanzieller und kultureller Bedeutung“ der Bundesregierung zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten sind. In jedem Falle sind dies Gesetzentwürfe, Entwürfe von Verordnungen der Bundesregierung, sonstige Verordnungsentwürfe mit besonderer polit. Bedeutung, Stellungnahmen des Bundesrates zu Vorlagen der Bundesregierung, Angelegenheiten, für die das GG oder Gesetze dies Vorschreiben und Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesministern. Was diese drei zum Teil komplementären Prinzipien im Tagesgeschäft und für die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung konkret bedeuten, hängt vor allem von den Persönlichkeiten und dem Regierungsstil der beteiligten Politiker – insbesondere dem Bundeskanzler – ab. Die Verfassung gibt hier großen Spielraum für eine Praxis, die in der Geschichte mal stark kanzler- mal stark ressortbetont war.

## 5. Das Bundeskanzleramt

Vorwort zum Haushaltsplan des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes:

„Zur Durchführung seiner Aufgaben bedient sich der Bundeskanzler des Bundeskanzleramtes, das vom Chef des Bundeskanzleramtes geleitet wird. Das Bundeskanzleramt hat den Bundeskanzler über die laufenden Fragen der allgemeinen Politik und die Arbeit in den Bundesministerien zu unterrichten. Es hat die Entscheidungen des Bundeskanzlers vorzubereiten und auf ihre Durchführung zu achten.“

### 5.1. Organisation des Bundeskanzleramtes

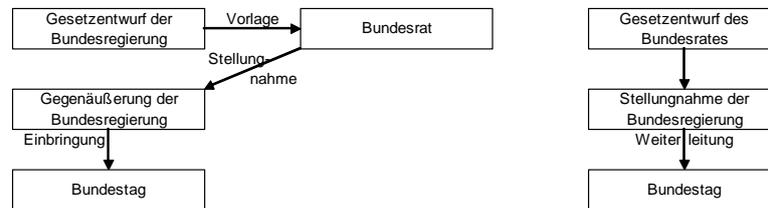
Das Bundeskanzleramt wird geleitet vom Chef des Bundeskanzleramtes (ChBK), er koordiniert die Erfüllung der nachgenannten Aufgaben und nimmt sie teilweise selbst wahr. Das Kanzlerbüro erledigt die Korrespondenz des Bundeskanzlers, sortiert die an ihn gerichteten Anfragen, bereitet Redeentwürfe vor und koordiniert Termine. Zur Abstimmung finden täglich morgens Lagebesprechungen statt. Das Bundeskanzleramt hat die Ressortzuständigkeit für den Bundesnachrichtendienst und hat für diese Leitung eine eigene Abteilung; gleichzeitig koordiniert es mit seinem Beauftragten für die Nachrichtendienste (BND, Verfassungsschutz, MAD) deren Arbeit, der ChBK nimmt derzeit diese Aufgabe wahr. Das Bundeskanzleramt hat derzeit ca. 500 Mitarbeiter.

### 5.2. Aufgaben des Bundeskanzleramtes

- Sekretariat für den Bundeskanzler
- Sammlung von verfügbaren Informationen der Ministerien („Spiegelreferate“)
- Selbstrecherche von Informationen in den Ministerien (v. a. informell)
- Kontakt zu Landesregierungen, Verbänden, gesellschaftlichen Gruppen, Fachleuten zur Informationsgewinnung
- Wichtige Anlaufstelle für Petitionen (Art. 17) der Bürger und „Lobbyarbeit“ von Verbänden und Interessensgruppen
- Bündelung aller Informationen und Vorlage für den Bundeskanzler
- Vorbereitung von Staatsbesuchen (als Gast oder Gastgeber) zusammen mit AA
- Langfristige Politikplanung
- Ausarbeitung von Impulsen für die Politik der Ressorts
- Sekretariat für das Bundeskabinett
- Vor- und Nachbereitung der Kabinettsitzungen
- Koordination und Kompromißfindung bei der Arbeit der Ministerien, möglichst ohne „Machtwort“ des Kanzlers
- Zusammen mit dem federführenden Minister Vertretung der Bundesregierung im Vermittlungsausschuß
- Leitung des Beantwortungsverfahrens bei parlamentarischen Anfragen: Große Anfrage, Kleine Anfrage, Mündliche Frage, Schriftliche Frage. Rasch bindende Zuweisung des verantwortlichen Ressorts.
- Entscheidung, ob Verordnungen der Ministerien der Zustimmung des Kabinetts oder zzgl. des Bundesrates bedürfen; Vorlage im Kabinett zur Abstimmung und ggf. Weiterleitung an den Bundesrat.
- Weiterleitung der Unterlagen an das BMI und BMJ sowie das zu bestimmende federführende Ressort bei Vorlagen des Bundesverfassungsgerichtes zur Stellungnahme. Ggf. Veranlassung der Kabinettsbefassung damit.
- Koordination des Verfahrens zur Einbringung von Gesetzentwürfen
- Bei Ausfertigung eines Gesetzes: Bundeskanzler wird durch Bundestag und Bundesrat über Annahme unterrichtet, Bundeskanzleramt informiert federführendes Ministerium, dieses fertigt die Ur-

schrift, Minister unterzeichnet sie, anschließend im Bundeskanzleramt Unterschrift des Bundeskanzlers und Weiterleitung an das Bundespräsidialamt.

Einbringung von Gesetzentwürfen in den Bundestag von außerhalb:



## 6. Die Bundesministerien

Die Zahl der Bundesministerien ist nicht festgelegt, jedoch sind BMF, BMJ und BMVg durch das Grundgesetz implizit vorgegeben. Der Bundeskanzler ernennt einen Minister zu seinem Stellvertreter, dem Vizekanzler (Art. 69); seine laufenden Geschäfte übernimmt jedoch im Abwesenheitsfalle der Chef des Bundeskanzleramtes. Der Bundesminister trägt für alle Angelegenheiten seines Ressorts die Verantwortung. Die Arbeit der Ministerien besteht aus der Bearbeitung der grundsätzlichen Angelegenheit und der Gesetzgebung; fachspezifische Arbeit und Einzelfälle werden in dem jeweiligen Ministerium untergeordneten Behörden (u. a. Bundesämter) erledigt. Die Ausführung, auch der Bundesgesetze liegt nach Art. 83ff. grundsätzlich bei den Ländern.

Derzeitige Bundesministerien und -minister:

Auswärtiges Amt (AA), Joseph Fischer

BM des Innern (BMI), Otto Schily

BM der Justiz (BMJ), Brigitte Zypries

BM der Finanzen (BMF), Hans Eichel

BM für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement

BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Renate Künast

BM der Verteidigung (BMVg), Dr. Peter Struck

BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Renate Schmidt

BM für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt

BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Manfred Stolpe

BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Jürgen Trittin

BM für Bildung und Forschung (BMBF), Edelgard Bulmahn

BM für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Heidemarie Wieczorek-Zeul

Der Sitz einiger Bundesministerien ist nach wie vor Bonn, sie haben einen Dienstsitz Berlin.

Dem Bundeskanzler zugeordnete Ämter:

Bundeskanzleramt, Dr. Frank-Walter Steinmeier

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Bundespresseamt), Béla Nicolai Anda (gleichz. Regierungssprecher)

## 7. Das Bundeskabinett

Das Beschlußorgan der Bundesregierung ist das Bundeskabinett. Die Angelegenheiten, die dem Kabinett zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten sind, sind aufgezählt. Die letzte Entscheidung, worüber beraten und beschlossen wird, liegt beim Bundeskanzler bzw. in seinem Auftrage dem ChBK. Die jeweils federführenden Minister bereiten Kabinettsvorlagen vor. Teilnehmer der Kabinettsitzungen sind: Bundeskanzler, Bundesminister, ChBK, Staatsminister beim Bundeskanzler,

Chef des Bundespräsidialamtes, Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, persönlicher Referent des Bundeskanzlers (bzw. Leiter Kanzlerbüro). Der Bundeskanzler kann Gäste laden, gewöhnlich Vorsitzende der Regierungsfractionen, auch Präsident der Bundesbank. In der Regel sind Kabinetttvorlagen zwischen den betroffenen Ministerien soweit abgestimmt, daß keine Kontroverse entsteht, war eine Einigung vorher nicht möglich, gibt es eine „echte“ Abstimmung. Stimmberechtigt sind nur der Bundeskanzler und die Bundesminister, deren etwaige Vertreter nicht. Beschlüsse für alle Minister bindend und von allen zu vertreten. Der Bundesfinanzminister besitzt bei ihm betreffenden Fragen ein „suspensives Vetorecht“, BMI und BMJ haben Mitprüfungsverantwortung in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit von Entwürfen. Alle Sitzungen des Kabinetts sind nichtöffentlich, die Meinungsäußerungen und Abstimmungsverhalten unterliegen der Vertraulichkeit, um eine konstruktive Arbeit zu garantieren. Auch gegenüber dem Parlament besteht im Sinne der Gewaltenteilung (BVerfGE) keine Auskunftspflicht.

### Quellen / Literatur:

- BEHRENDT, Günther: Das Bundeskanzleramt, Athenäum Verlag, Frankfurt/M. [u.a.] 1967
- v. Beyme, Klaus: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen [u.a.] 1999<sup>9</sup>
- BUSSE, Volker: Bundeskanzleramt und Bundesregierung – Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise, Hühlig, Heidelberg 2001<sup>3</sup>
- ESCHENBURG, Theodor: Spielregeln der Politik – Beiträge und Kommentare zur Verfassung der Republik, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1987
- GABRIEL, Oscar W., HOLTMANN, Everhard: Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Oldenbourg, München [u.a.] 1999<sup>2</sup>
- HESSE, Joachim, ELLWEIN, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Band1, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1992<sup>7</sup>
- MAURER, Hartmut: Staatsrecht, Beck, München 1999
- Meyers Lexikonredaktion [Hrsg.]: Meyers großes Taschenlexikon in 25 Bänden, Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus Taschenbuchverlag, Mannheim [u. a.] 1999<sup>7</sup>
- NICLAUß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie, Kohlhammer, Stuttgart [u.a.] 1988
- PILZ, Frank, ORTWEIN, Heike: Das politische System Deutschlands, Oldenbourg, München [u.a.] 2000<sup>3</sup>
- RUDZIO, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich, Opladen 2003<sup>6</sup>
- SCHÖNE, Siegfried: Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt – Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte, Duncker & Humblot, Berlin 1968
- Sturm, Roland, Pehle, Heinrich: Das neue deutsche Regierungssystem, Leske + Budrich, Opladen 2001
- WEFING, Heinrich: Kulisse der Macht – Das Berliner Kanzleramt, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart [u.a.] 2001
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2863)
- Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951 (GMBI. S. 137), zuletzt geändert am 17. Juli 1987 (GMBI. S. 382)
- Internetpräsenz des Bundeskanzleramtes, [www.bundeskanzler.de](http://www.bundeskanzler.de), zugegriffen am 22.6.2004

# Organisationsplan des Bundeskanzleramtes

1. September 2003

<b>Kanzlerbüro</b> Leiterin: VAe Krampitz 2004 Pers. Ref. BK: VA Burmester 2050		
011 Verbindungen zu gesellschaftlichen Gruppen VA Funk 2005	012 Eingaben und Petitionen; Sonderaufgaben VA Dr. Gundelach 2020	013 Betreuung von Presse und Besuchergruppen MinR Gärtner 2522

**Bundeskanzler  
Gerhard Schröder**

<b>Büro Chef BK</b> Leiter: VLR I Steinlein 2072 Pers. Ref. Chef BK: RegDir Dr. Geue			
2540	021 Pressearbeit Chef BK N.N.	022 Politische Planung N.N.	023 Dialog mit der Wissenschaft VLR Tarrat 2069
			024 Lagezentrum OTL Klaas 2680

**Chef des Bundeskanzleramtes  
Staatssekretär Dr. Steinmeier  
Beauftragter für die Nachrichtendienste  
des Bundes 2070**

**Staatsminister  
Rolf Schwanitz 2500**  
Büroleiterin: MinR'in Ritter 2504

**Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien  
Staatsministerin Dr. Christina Weiss 2060**  
Büroleiter: VA Mix 2092

03 **Arbeitsstab:**  
Beraterin des Bundeskanzlers  
für deutsch-französische Beziehungen  
VAe Sauzay 2082

**Abteilung 1**  
Zentralabteilung; Innen und Recht  
**MinDgt Dr. Seeba 2100**

**Abteilung 2**  
Auswärtige Beziehungen;  
Globale Fragen; Äußere Sicherheit  
**MinDir Mützelburg 2200**

**Abteilung 3**  
Soziales; Bildung; Forschung;  
Umwelt; Verkehr; Verbraucherschutz,  
Landwirtschaft  
**VA Dr. Horzetzky 2300**

**Abteilung 4**  
Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik  
**MinDir Dr. Pfaffenbach 2400**

**Abteilung 5**  
Europapolitik  
**MinDir Silberberg 2800**

**Abteilung 6**  
Bundesnachrichtendienst; Koordinierung der  
Nachrichtendienste des Bundes  
**MinDir Uhrlau 2600**

**Gruppe 11**  
Leiter: **MinDgt Dr. Busse 2110**  
Personalangelegenheiten der Bundesregierung;  
Verwaltung

**Referat 111**  
Personalangelegenheiten  
des Bundeskanzleramtes  
**MinR Ueck 2112**

**Referat 112**  
Organisation und Haushalt  
**MinR Dr. Metz 2114**

**Referat 113**  
Innerer Dienst  
**MinR Thaysen 2116**

**Referat 114**  
Informationstechnik  
**MinR Dr. Mantz 2118**

**Referat 115**  
Geheimtatsbeauftragter; Sicherheitsbeauftragter  
**RegDir Plesmann 2105**

**Referat 116**  
Controlling  
**VA Dr. Groß 2162**

**Gruppe 21**  
Leiter: **VLR I Dr. Braun 2210**  
Auswärtige Beziehungen;  
Sicherheits- und Abrüstungspolitik

**Referat 211**  
Sicherheits- und Abrüstungspolitik;  
bilaterale Beziehungen zu USA und Kanada;  
bilaterale Beziehungen zu den west-  
und südeuropäischen sowie den Nordischen Staaten und  
Türkei  
**VLR I Brengelmann 2214**

**Referat 212**  
Bilaterale Beziehungen zu den Staaten Mittel-, Ost- und  
Südosteuropas, des Transkaukasus sowie der  
zentralasiatischen Staaten  
**VLR I Dr. Lucas 2268**

**Referat 213**  
Bilaterale Beziehungen zu den Staaten  
Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie  
dortige regionale Zusammenschlüsse  
**VLR I Haller 2216**

**Gruppe 31**  
Leiter: **MinR Kuhne 2310**  
Sozial- und Gesellschaftspolitik;  
Bildung und Forschung;  
Kirchen und Religionsgemeinschaften

**Referat 311**  
Soziale Sicherung  
**RegDir Dr. Bertuleit 2398**

**Referat 312**  
Gesundheitspolitik  
**RegDir Schulte 2308**

**Referat 313**  
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend;  
Verbindung zu den Wohlfahrtsverbänden  
**VAe Zimmer 2306**

**Referat 314**  
BM für Bildung und Forschung  
**MinR Dr. Reile 2316**

**Referat 315**  
Verbindung zu Kirchen  
und Religionsgemeinschaften;  
Sonderaufgaben  
**MinR'in Tempel 2528**

**Gruppe 41**  
Leiter: **MinDgt Claßen 2418**  
Allgemeine Wirtschaftspolitik;  
Arbeitsmarktpolitik

**Referat 411**  
Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen,  
Wirtschaftsentwicklung; Sonderaufgaben  
**MinR Dr. Scheube 2445**

**Referat 412**  
Mittelstand; Handwerk; Wettbewerbspolitik;  
Wirtschaftsrecht  
**RegDir Dr. Pötzsch 2450**

**Referat 413**  
Arbeitsmarktpolitik; Arbeitsrecht; Bündnis für Arbeit  
**RegDir Range 2643**

**Gruppe 42**  
Leiter: **MinDgt Kindler 2420**  
Industrie; Energie; Wettbewerb;  
Außenwirtschaft; Finanzmärkte

**Referat 421**  
Industriepolitik; Telekommunikations- und Postpolitik;  
Innovations- und Technologiepolitik; regionale  
Wirtschaftspolitik  
**MinR Dr. Horstmann 2406**

**Referat 422**  
Energiepolitik; nationale und internationale  
Finanzmarktpolitik  
**RegDir Becker 2224**

**Referat 423**  
Außenwirtschaft; G7/G8; bilaterale  
Wirtschaftsbeziehungen  
**MinR Benterbusch 2412**

**Gruppe 43**  
Leiter: **MinDgt Biedermann 2480**  
Finanzpolitik

**Referat 431**  
Haushalts- und Finanzpolitik;  
Föderale Finanzbeziehungen  
**RegDir Klein 2432**

**Referat 432**  
Steuerpolitik  
**MinR Sell 2434**

**Gruppe 51**  
Leiter: **VLR I Dr. Lübke 2510**  
Grundsatzfragen, europapolitische  
Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten

**Referat 511**  
EU-Grundsatzangelegenheiten  
**VLR Dr. Riedel 2550**

**Referat 512**  
Europapolitische Beziehungen  
zu den EU-Mitgliedstaaten; Erweiterung  
der EU  
**VLR'in Küchler 2560**

**Gruppe 52**  
Leiter: **MinR Dr. Corsepius 2520**  
Koordinierung der Europapolitik einschl.  
ihrer Sachpolitiken; Wirtschaftliche Aspekte der  
europäischen Integration

**Referat 521**  
Koordinierung der Europapolitik  
**RegDir Augustin 2570**

**Referat 522**  
Finanz- und Wirtschaftsfragen;  
Binnenmarkt; Strukturpolitik  
**MinR Dinter 2580**

**Gruppe 61**  
Leiter: **MinDgt Wenckebach 2610**  
BND-Grundsatz- und -Rechtsfragen; Beauftragter für den  
Haushalt; Parlamentarische Kontrolle der  
Nachrichtendienste; Grundsätze der Koordinierung

**Referat 611**  
BND-Dienstaufsicht; Personal; Organisation; Berlin-Umzug;  
Haushalt; Recht der Informationsgewinnung; Sicherheit  
**RegDir Dr. Bartodziej 2612**

**Referat 612**  
Parlamentarische Kontrollgremien, Kontakte zum Parlament;  
Grundsätze der Koordinierung; Beziehungen zur  
Bundeswehr; G-10-Angelegenheiten; BND-  
Informationsgewinnung und Verwertung auf den Gebieten  
Proliferation und internationaler Waffenhandel  
**RegDir Mewes 2614**

**Gruppe 62**  
Leiter: **MinR Vorbeck 2620**  
BND-Auftragssteuerung und Informationsverwertung;  
Internationaler Terrorismus

**Referat 621**  
BND-Regionale Lageinformationen, Auftragssteuerung und  
Informationsverarbeitung; Nachrichtendienstliche  
Auslandsbeziehungen  
**RegDir Dr. Glänzel 2622**

**Referat 622**  
BND-Lageinformationen, Auftragssteuerung und  
Informationsverarbeitung auf den Gebieten internationaler  
Terrorismus und internationale OK; Nachrichtendienstliche  
Unterstützung nationaler und internationaler Gremien  
**N.N.**

**Gruppe 12**  
Leiter: **MinR Dr. Kühne 2120**  
Kabinetts- und Parlament- sowie  
Bund-Länder-Angelegenheiten; Aufgabenplanung

**Referat 121**  
Kabinetts- und Parlamentsreferat  
**N.N.**

**Referat 122**  
Bund-Länder-Verhältnis; Bundesrat  
**MinR Dr. Bieler 2124**

**Referat 123**  
Aufgabenplanung  
**VA Dr. Raskob 2129**

**Referat 124**  
Sonderaufgaben und Auswertung der Meinungsforschung  
**VA Grafe 2141**

**Referat 125**  
Recherchen und Dokumentation  
**VA Wagenknecht 2145**

**Referat 126**  
Sport  
**MinR Krannich 2314**

**Gruppe 22**  
Leiter: **VLR I Wunderlich 2220**  
Globale Fragen

**Referat 221**  
Globale Fragen; Vereinte Nationen;  
Menschenrechte, außenpolitische Fragen der  
Terrorismusbekämpfung; Humanitäre Hilfe  
und Auswärtige Kulturpolitik  
**VLR'in Zimmermann von Siefert 2242**

**Referat 222**  
Entwicklungspolitik; Nord-Süd Fragen  
**MinR Neumann 2218**

**Gruppe 32**  
Leiter: **MinDgt Dr. Rid 2322**  
Umwelt-, Agrar-, Verkehrs-, Bau- und Wohnungspolitik;  
Nachhaltige Entwicklung

**Referat 321**  
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit;  
Nachhaltige Entwicklung  
**MinR Goeke 2345**

**Referat 322**  
BM für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft  
**MinR Schäfer 2340**

**Referat 323**  
BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
**N.N.**

**Referat 324**  
Koordinierung in Angelegenheiten der neuen Länder  
**VA Dr. Nägele 2490**

**Gruppe 33**  
Leiter: **VA Prof. Dr. Westerhoff 2320**  
Statistik; Sozial-, Bildungsbudget

**Referat 331**  
Statistische Indikatoren; Bevölkerungsfragen  
**MinR'in Hardich 2330**

**Gruppe 13**  
Leiter: **MinDgt'in Dr. Sudhof 2130**  
Innen und Recht

**Referat 131**  
BM der Justiz; Justizariat  
**MinR Lütter 2132**

**Referat 132**  
BM des Innern (außer Sport)  
**RegDir Dr. Schmidt 2134**

**Postanschrift:**  
**Bundeskanzleramt**  
11012 Berlin

**Hausadresse/Lieferadresse:**  
Willy-Brandt-Str. 1  
10557 Berlin

**Telefon:**  
Einheitlich für Berlin und Bonn:  
0 18 88 4 00 - (0)

Informationsverbund  
Berlin/Bonn (IVBB): 64 00 - 0  
Amtsanschluss Berlin: (0 30) 40 00 - 0  
Bonn (02 28) 56 - 0

**Telefax:**  
Berlin: (0 30) 40 00 - 23 57  
Bonn: (02 28) 56 - 18 00

**Telex:**  
30 23 60 bkb

**Vorsitzender des Personalrates:**  
OAR Lembert, Ruf-Nr. 2015

**Vertrauensperson der schwerbehinderten  
Menschen:**  
AI Grosjean, Ruf-Nr. 1717

**Gleichstellungsbeauftragte**  
RegDir'in Scheuring 2251